

## **Grundsätze und Aufgaben konservativer Arbeit<sup>1</sup>**

(Rede auf der Mitgliederversammlung des Hauptvereins der Konservativen am 10. Dezember 1929)

Der konservative Gedanke ist beinahe über Nacht wieder modern geworden. Von der äußersten Rechten bis weit nach links beschäftigt man sich stärker mit ihm als seit sehr langer Zeit. Wenn dabei manchmal auch recht eigenartige Gebilde entstehen, die wirklich alles andere als konservativ sind, ich erinnere an die sogenannten "Volkskonservativen", so ist nicht zu verkennen, daß echtes Suchen und Verständnis sich regt und wächst. Allenthalben in Deutschland, auch wo man es kaum vermuten sollte, gibt es wieder Menschen, die wahrhaft konservativ empfinden. Uns, denen, ich möchte sagen, das Amt des Großsiegelbewahrers des Konservativismus obliegt, die wir verpflichtet sind, ihn unverfälscht zu pflegen und vorzuleben, soll diese Erscheinung ein Ansporn sein und die Gewißheit geben, daß der Liberalismus am Ende und im Zusammenbruch ist und die Zeit wieder reif wird für Konservativismus. Unsere Aufgabe ist nicht leicht, denn seit Jahrzehnten ist unverfälschter, lebendiger Konservativismus nicht mehr wirklich herrschend in Deutschland gewesen. Wenn auch zu allen Zeiten wirklich konservative Menschen noch gelebt haben, so machte der Erstarrungsprozeß doch ständig Fortschritte, und die Vorkriegsära trug den Stempel des Liberalismus. Darum erstreben wir auch keine Restauration. Als konservative Menschen suchen wir den letzten Grund, in dem wir Wurzeln müssen.

Konservativismus ist eine Weltanschauung, d.h. eine Gesamtschau allen Lebens und aller Dinge aus einer Wurzel und von einem festen Punkt aus. Die konservativen Führer in der Mitte des vorigen

---

<sup>1</sup> Abgedruckt in: Scheurig, Bodo: Ewald von Kleist-Schmenzin. Ein Konservativer gegen Hitler. Oldenburg/Hamburg 1968, S. 245 ff.

Jahrhunderts haben die konservativen Grundsätze stets vom Christentum aus begründet. Manches allerdings ist etwas eigenartig anmutend. Darin aber hatten sie recht, daß Konservativismus sich nur religiös begründen läßt, also nicht vom Menschen her, sondern von Gott, vom göttlichen Willen her. Daher heißt der Fundamentalsatz unserer Richtlinien, daß es die Aufgabe der Menschen ist, diesen Willen Gottes zu erkennen und zu tun oder, mit anderen Worten, Religion zu leben.

Hier setzte nun eine Krisis für den Konservativismus ein mit dem Augenblick, wo ein schwächlich werdendes Christentum Religion immer mehr auffaßte als eine Angelegenheit des kirchlichen und des Privatlebens und die Dinge dieser Welt, die doch die Hauptbeschäftigung der Menschen ausmachen, als etwas, an das zwar auch christliche Maßstäbe anzulegen wären, was aber doch eigentlich nichts unmittelbar mit Religion zu tun hätte. Damit ist natürlich eine religiöse Weltanschauung, d. h. Gesamtschau, preisgegeben und eine gewisse Eigengesetzlichkeit irdischen Dingen zugestanden. Damit verlor natürlich auch der Konservativismus seine sichere, einheitliche Grundlage und Haltung. Diese Krisis dauert bis auf den heutigen Tag. Daher können sich die Menschen überhaupt nicht mehr verstehen, darum mußte der Liberalismus, der die Dinge eben vom Menschen her sieht, vordringen und eine Verschärfung der Interessengegensätze bis zur Unüberbrückbarkeit hervorrufen. Es ist daher die Aufgabe des Konservativismus, das Bewußtsein wieder zu neuem Leben zu erwecken, daß das Leben ein Ganzes, und daß Religion auf allen Gebieten menschlicher Betätigung, also auch in Politik und Wirtschaft, zu leben ist und daß es keine Eigen- oder Doppelgesetzlichkeit gibt. Es ist vielleicht nicht wunderbar, daß die religiöse Erneuerung in unserem Volk von dem Gebiet, auf dem es am meisten gelitten und noch zu leiden hat, nämlich dem politischen, eingesetzt hat. Was die Wiedergewinnung des politischen Gebiets für die Religion für eine ungeheure Wandlung bedeuten würde, bedarf keiner Ausführung.

Der konservative Mensch sieht alles, also auch sich von seiner

Aufgabe her, sieht sein Glück also in der Erfüllung seiner Aufgabe und nicht in einem möglichst großen Anteil an irdischen Gütern. Der konservative Mensch ist für andere da, er erkennt die Weltordnung als göttlich an und empfindet sich daher stets als ein Teil einer Gemeinschaft, von der Familie beginnend bis zum Staat, und sich der Gemeinschaft, als ihm übergeordnet, verpflichtet. Das ist in allem das Gegenteil der heute herrschenden Anschauung des individualistischen Liberalismus, der alles vom Menschen aus betrachtet, auch die Religion. Der liberale Mensch wird nie die Eigengesetzlichkeit aller Dinge anerkennen, sein Glück kann er sich ohne irdisches Wohlergehen nicht vorstellen. Aus dieser selbstischen Einstellung lehnt er sich gegen die harte göttliche Weltordnung auf, wird zum Weltverbesserer, Philanthropen, Pazifisten, Materialisten, Sozialisten und schließlich Bolschewisten. Seine Nächstenliebe verengert sich auf das ausschließliche Betonen der Johanneischen Linie im Christentum und des Charitativen. Seine Politik wird zwangsläufig zur Interessenpolitik, die zur Auflösung aller Ordnung führt. Alles wird zu einer Zweckmäßighkeitsfrage. Weil er sich auflehnt gegen die göttliche Weltordnung, kann er die Probleme dieser Welt nicht mehr meistern. Bei Vorherrschen des Liberalismus entsteht ein Zustand, wie wir ihn haben.

Aber die Sehnsucht nach echter Religion läßt sich in den Menschen auf die Dauer nicht unterdrücken. Darum haben wir auch in unserem Volk das Streben nach Erlösung aus auswegloser Hilf- und Hoffnungslosigkeit. Damit ist dem Konservativismus seine große Mission gegeben, eine zusammenbrechende und gemein gewordene Welt durch eine neue abzulösen, in der es wieder Glauben, Überzeugungen und Heldentum gibt.

Als konservative politische Menschen haben wir von unserer letzten Verwurzelung aus unsere Auffassung von Politik und Staat zu gewinnen, von da aus unser Ziel zu setzen. Uns sind Politik und Staat also etwas ganz anderes als Interessen und Zweckmäßighkeitsfragen, sondern Gebiete, auf denen der Mensch seine höchsten Aufgaben zu erfüllen, Überzeugungen und Glauben zu leben hat. Das ist etwas

ganz anderes, als was die Männer von heute in- und außerhalb des Parlaments sich erkühnen mit Politik zu bezeichnen, aber ihre Zeit ist abgelaufen. Das Gefühl, daß das Leben auf keinem Gebiet herabgewürdigt werden darf zu einer Interessen und Zweckmäßigkeitfrage, läßt sich nicht ausrotten, und es bäumt sich dagegen auf, ein Leben zu führen, das sinnlos geworden ist. Und auch in unserem Volk ist überall, vielfach noch unbewußt, eine Sehnsucht nach Rettung aus dieser Sinnlosigkeit erwacht. Und das ist eben unsere Aufgabe als Konservative, unserem armen, zur Zerrissenheit auf allen Seiten verführten Volk wieder die Botschaft zu bringen, daß alles Leben, auch das politische, einen Sinn hat, für den es sich lohnt, zu hoffen und zu sorgen, zu kämpfen und zu leiden, zu siegen und zu sterben.

Die bisherige nationale Politik in ihrem widerspruchsvollen Gemisch von allem Möglichem hat bisher in dieser Hinsicht versagt und kann sich darum über Macht- und Erfolglosigkeit nicht wundern, denn sie lebt ja großen Teils auch noch in der Welt, aus der ein Ausweg gesucht wird. Ein in aller Welt verfälschtes, liberalisiertes, weltabgewandtes Pseudochristentum hat sich für eine Gesamtschau der Welt, hat sich für seine Aufgaben zu schlapp gezeigt. Es ist vom Glauben abgefallen und hat die irdischen Dinge anderen überlassen und damit die Erde, gerade auch in unserem Vaterlande, kampflos zur Domäne widergöttlicher Mächte werden lassen. Unser Zusammenbruch hat die grauenhafte Zerrissenheit, in der sich das Volk zu zerfleischen droht, offenbar gemacht. Alles Bisherige hat sich unfähig gezeigt, der Selbstzerfleischung Einhalt zu gebieten und die Probleme zu meistern. Darum streckt der Konservativismus seine Hand aus nach der Herrschaft in Deutschland. Er ist allenthalben und auf allen Gebieten im Erwachen zu neuem Leben, im Aufbruch und durch Glauben zum Angriff getrieben. Weltliche Macht wird ihn nicht dämpfen. Wir wissen, wie vermessen dieses Wort in diesem Augenblick klingen muß. Und dennoch.

Es ist naturgemäß, daß unsere Stellung zu allen politischen Problemen grundverschieden von der heute herrschenden sein muß.

Wir lehnen die mechanische Staatsauffassung ab, die einen gut funktionierenden Verwaltungsapparat bereits für ausreichend hält. Dieser schon in der Vorkriegszeit immer stärker um sich greifenden Einstellung wohnt das Bestreben inne, die Selbstverwaltung zu bevormunden und einzuschränken. Sie läßt das Volk in Unselbständigkeit und ist, was wir besonders bekämpfen, ein Feind bodenständigen Lebens. Wir erstreben aber gerade eine Selbstverwaltung, die diesen Namen verdient, und die Erweiterung ihrer Aufgaben. Wir wehren uns gegen die schematische Uniformierung und Unterdrückung landschaftlicher Eigenart und wehren uns gegen jede Staatsomnipotenz.

Stark betonen wir, daß das Wesen des Staates Macht ist, die er nach innen und außen mit aller Kraft zu wahren hat. Jedoch nicht in erster Linie darum, um die Menschen möglichst in ihrem Erwerb zu schützen und zu stützen - das natürlich auch -, sondern weil er den Bestand seines Volkes zu gewährleisten hat und dabei wie kein anderer berufen ist, auf die innere Haltung seiner Menschen einzuwirken, Darauf wirkt er immer im stärksten Maße, ob bewußt oder unbewußt, denn täglich äußert er tausendfältig seinen Willen und sein Wesen. Dadurch drückt er den Menschen seinen Stempel auf, wenn er auch eine innere Haltung nicht erzwingen kann noch soll. Darum ist es von so ausschlaggebender Bedeutung, wer ihm seinen Charakter gibt. Aus unserer Grundanschauung ergibt sich eine Abweichung von den herrschenden Anschauungen besonders zur gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Gewiß, wir stehen fest auf dem Boden der Anerkennung des Privateigentums und wissen, daß die Unverletzlichkeit des Privateigentums eine Norm ist, die nicht ohne zwingende Not durchbrochen werden soll. Aber gewissermaßen heilig ist uns längst nicht jeder Privatbesitz, sondern nur in dem Maße, wie Gebrauch oder innere Beziehungen ihm Wert verleihen. Das ist in unserer heutigen Wirtschaft nur in beschränktem Maße der Fall. Für uns ist die Wirtschaft nicht Selbstzweck, allerdings auch kein notwendiges Übel, sondern etwas, das zur Weltordnung gehört und daher ordnungsmäßig betrieben werden muß. Aber jedem Ding

muß der ihm zukommende Platz angewiesen werden, und bei Konflikten zwischen wirtschaftlichen und inneren Werten haben diese den Vorrang. Darum hat auch die Wirtschaftspolitik sich ihrer dienenden Rolle gegenüber dem Staats- und Volksganzen, im Gegensatz zu der heute fast allgemein herrschenden Praxis, bewußt zu bleiben. Jede Tätigkeit ist Verantwortung gegenüber anderen, also auch jede wirtschaftliche Betätigung.

Dieser Grundsatz gilt besonders für die Sozialpolitik. Dabei ist zu bemerken, daß, was heute als Sozialpolitik bezeichnet wird, diesen Namen eigentlich nicht verdient. Das Wort "Sozial" bedeutet nichts anderes als: das Zusammenleben der Menschen in Staat und Gesellschaft betreffend. Eine soziale Frage entsteht, wenn sich hierin ein erheblicher Mißstand zeigt. Sozialpolitik ist zwar die Politik, die diesen Mißstand beseitigen will, aber dem Begriff Sozialpolitik ist ein ethisches Moment beigelegt worden, also kann nicht der Notleidende selber Sozialpolitik treiben, sondern nur andere. Bei uns sind die Träger der Sozialpolitik die Arbeiter und Gewerkschaften, die sehr nachdrücklich ihre eigenen Interessen vertreten. Daher müßte diese Politik als Wirtschafts- oder Arbeiterpolitik bezeichnet werden. Diese krasse Interessenvertretung ist den Arbeitern nicht so zu verdenken, wo auch die Wirtschaft nur Interessenpolitik treibt. Aber sie soll sich nicht auf ethische Stelzen stellen, wie es besonders die sich "christlich" nennenden Gewerkschaften tun. Für sich zu sorgen ist noch kein Zeichen von Christentum, am wenigsten dann, wenn dies über vorhandene Notstände hinaus und auf Kosten anderer, unseres gesamten verarmten Volkes, geschieht. Denn die Kosten müssen arm und reich in Gestalt erhöhter Preise tragen. Die Bezeichnung "christlich" ist eine Heuchelei. Es ist Zeit, daß diesen Kreisen die Maske, unter der sie mit Erfolg ihre Geschäfte betreiben, vom Gesicht gerissen wird. Denn geduldeter Mißbrauch mit dem Wort "christlich" ist immer eine Gefahr für das Christentum selbst.

Wirtschafts- und Sozialpolitik, wirtschaftliche und soziale Fragen hängen eng zusammen. Wenn keine auf bodenständige Kräfte wertlegende Raumpolitik betrieben worden ist und kapitalistischer

Geist, wie bei uns seit Jahrzehnten, bestimmend gewesen, also Volkswirtschaft Trumpf gewesen ist, dann entsteht eine soziale Frage, Unsere soziale Frage ist nicht zu lösen, solange nicht das Verhältnis der Menschen zueinander sich allseits ändert, man mag die Verhältnisse selbst ändern, wie man will. Dieses Verhältnis zueinander wird sich nur ändern, wenn die Menschen wieder aus dem Bewußtsein leben, daß sie füreinander verantwortlich sind. Diese Verantwortung trifft besonders die sozial Höherstehenden, deren gesamtes Leben Ausdruck eines Verantwortlichkeitsgefühls sein muß. Erst, wenn die Arbeiterschaft die Arbeiter als Menschen, für die sie verantwortlich sind, ansieht und nicht nur als Produktionsfaktor, und für ihre Wirtschaft auch noch ein anderes Interesse hat als nur das des Geldverdienens, kann die soziale Frage gelöst werden. Allerdings auch erst dann, wenn die Arbeiterschaft ihrerseits die Ungleichheit unter den Menschen und in der Besitzverteilung als göttliche und darum gerechte Weltordnung betrachtet. Das mögen sich auch alle Weltverbesserer gesagt sein lassen, die trotz bester Absicht das religiöse Fundament zerstören helfen. Wenn gesagt wird, daß das für Obenstehende leicht gesagt ist, so ist das wohl richtig, aber eine Wahrheit wird dadurch, daß ihre Erkenntnis dem einen leichter gemacht wird, nicht weniger wertvoll. Solange die Menschen ihr Glück gar nicht mehr in der Erfüllung ihrer Aufgaben sehen, werden die unser Volk zerfleischenden sozialen und wirtschaftlichen Interessengegensätze nicht überbrückt werden können.

Daß Mißstände in den Verhältnissen selbst, soweit es möglich ist, beseitigt werden müssen, um eine soziale Frage zu lösen, versteht sich von selbst.

Die soziale Frage läßt sich also durch Gewalt oder durch gesetzgeberische Maßnahmen allein nicht bereinigen, aber die Politik kann durch den Geist und die Männer, von denen sie getragen wird, der notwendigen Wandlung zum Durchbruch verhelfen. Davon weiß aber unsere Zeit nichts mehr, weil sie nicht mehr weiß, was Politik eigentlich ist. Darum wird sie die Frage auch nicht lösen.

Wie stark der Sinn für Politik geschwunden ist, dafür ein Beispiel: Zum Nachweis der Daseinsberechtigung des Großgrundbesitzes wird häufig nur seine in der Mehrproduktion beruhende volkswirtschaftliche Bedeutung angeführt. Das ist wohl unter anderem, aber ganz gewiß nicht in erster Linie seine Daseinsberechtigung. Die liegt in seiner Aufgabe als politischer Führer. Er soll die unverzichtbaren bodenständigen Werte des Landes zur Auswirkung in der Gesamthaltung des Staates und der Politik bringen. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß ihn irgend jemand in dieser Aufgabe ablösen könnte. Der Großgrundbesitz, der diese politische Führeraufgabe vergißt, wird beseitigt werden. Davor schützt ihn auch der zwingendste Beweis seiner volkswirtschaftlichen Unentbehrlichkeit nicht.

Das Hindernis staatspolitischer Notwendigkeiten in Wirtschafts- und Sozialpolitik ist der herrschende Liberalismus, der Geist des Kapitalismus. Das ist der Feind des Volkes und des Arbeiters, dessen natürlicher Verbündeter echter Konservatismus ist. Denn auch er sieht in der kapitalistisch-individualistischen Gesinnung seinen tödlichen Feind.

Nur ein ehrloses Geschlecht nimmt keinen leidenschaftlichen Anteil an den großen außenpolitischen Entscheidungen. Auf dem Gebiet der Außenpolitik zeigt sich sinnfällig die verderbliche Auswirkung der NützlichkeitsEinstellung, des unheldischen Geschäftsgeistes. Dieser bei uns überall, auch auf der Rechten verbreitete Typ, der würde es zwar ganz ehrenwert, aber doch unzweckmäßig gefunden haben, als 1806 zwei Fahnenjunker sich in der Saale ertränkten, um ihre Fahne nicht in Feindeshand fallen zu lassen; sie hätten sich doch lieber gefangennehmen lassen sollen, um sich ihrem Vaterlande für einen späteren Krieg zu erhalten! Nein, diese Sorte weiß wirklich nichts von der gewaltigen Bedeutung des Unwägbaren. Weiß nicht, daß jene Tat vielleicht schon Unzählige begeistert hat und vielleicht noch nach hundert Jahren Entschlüsse von ungeahnter Tragweite auslösen kann. Nicht nur das ist das Verderbnis an unserer Außenpolitik, daß jede Einzelmaßnahme eine Schädigung Deutschlands bis zum Verrat ist,



sondern daß die Gesamthaltung jeden heldischen Willen, die stärkste Waffe eines Volkes im Kampfe um seine Freiheit, bis auf den Grund zerstört. Jede Handlung wirkt unabsehbar weiter im guten oder schlechten Sinn. Die Wirkung unserer Außenpolitik sehen wir. Welch ein Sturz von den Tagen, wo noch ein Sozialdemokrat erklärte, die Hand müsse verdorren, die den Versailler Vertrag unterzeichne, bis heute, wo weite Kreise der Volkspartei sich wütend für die Versklavung auf Generationen hinaus einsetzen um einiger, dazu noch illusorischer, Groschen willen. Niemals sei diesen Kreisen vom deutschen Volk ihre ehrlose Geldsackgesinnung vergessen!

Wir wissen wohl, daß wir entmachtet sind und entscheidende Erfolge nicht erzwingen können, aber eine erfolgreichere Politik würde sich doch treiben lassen, eine Politik, die im Volke den Freiheitswillen nicht zerstört, sondern entfacht und sich damit selber wieder eine wirksame Waffe geschmiedet hätte. Wir wissen noch, was es heißt, einen Kampf zu führen um Ehre und Freiheit, und werden die letzte Kraft einsetzen für eine Politik, die diesen höchsten Gütern eines Volkes alles unterordnet.

Dem Staat, den wir im Geiste schauen, kann segensreiche Dauer verliehen werden nur durch die Monarchie der Hohenzollern. Wir wissen, daß dieser große Augenblick erst in schwerem Ringen erkämpft werden muß, und daß der Zusammenbruch des heutigen Staates aller menschlichen Voraussicht nach noch nicht gleich die Wiederherstellung des rechtmäßigen Zustandes bedeuten wird.

Die Monarchie der Hohenzollern, und zwar aus eigenem Recht, hat stärkere Stützen als ein formales Prinzip. Nur die über allem Interessenstreit erhabene und von ihr unabhängige Krone ermöglicht eine Politik, die jedem das Seine gibt und Sonderinteressen dämpft. Nur sie kann den leidenschaftlichen Interessenkampf befriedigen, weil mit der größeren oder geringeren Erfolgsmöglichkeit die Sucht nach Sondervorteilen steigt oder sinkt und weil die Gewähr, von anderen nicht vernichtet werden zu können, das Gefühl des Geborgenseins gibt. Damit hört der unselige Zwang zu erbittertem Selbsterhaltungskampf auf. Damit werden wieder die wertvollsten

Kräfte freigemacht für bessere Dinge. Keine Staatsform, bei der die Spitze nicht gänzlich der Wahl entrückt ist, vermag der heutigen Selbstzerfleischung ein Ende zu bereiten. Nur sehr mächtige oder gänzlich ungefährdete Staaten können sich lange Zeit Wirtschaftsarbeit ohne Zusammenbruch leisten.

Ein Staat wird durch die Kräfte erhalten, die ihn gegründet haben. Und die Kräfte, der ganze sittliche und politische Ideenkomplex, die einst eine ganz unbegreifliche Machtentfaltung gezeitigt haben, sind nun einmal an die Krone naturnotwendig gebunden. Und sind nur mit ihr dem Staate zu erhalten.

Die Monarchie ist die Voraussetzung eines daseinswürdigen Staates, ist die Voraussetzung der Zukunft unseres Volkes. Darum erkennen wir unsere vaterländische Pflicht dieser erhabenen Idee gegenüber. Von allen Abseitsstehenden wird die monarchische Frage größtenteils nach den Monarchisten beurteilt. Die überzeugendste Werbung liegt in unserer Gesamthaltung, in opferbarem Einsatz für Wohl und Wehe, für die Freiheit des Vaterlandes.

Weil die Monarchie die Schicksalsfrage unseres Volkes ist und wir an seine Zukunft glauben, darum wollen wir die Monarchie und glauben an sie. Darum werden wir mit einer Treue, die nichts, aber auch gar nichts auf Erden erschüttern kann, kämpfen und einstmals siegen oder fallen für die stolzeste Losung der Welt: "Mit Gott für König und Vaterland, mit Gott für Kaiser und Reich!"

Als konservative Menschen müssen wir reale, d. h. handelnde Menschen sein. Wir müssen einen Weg finden und gehen, der uns ans Ziel führt. Eine politische Idee, die nicht verwirklicht wird, ist gar nichts wert.

Zunächst einige kurze Bemerkungen über die Betätigung im Hauptverein selber. Wir glauben nicht an die Wirkungen einer mechanisch arbeitenden Organisation. Das Leben, das von ihr ausgeht, ist das Entscheidende. Darum soll auch die Tätigkeit der Mitglieder in der Vertretung und Durchführung der Ideen liegen und nicht in formaler Organisationsarbeit, die bei so vielen Organisationen über die tatsächliche Erfolglosigkeit hinwegtäuscht.

In der Verwirklichung des konservativen Gedankens liegt für jedes Mitglied ein unübersehbares Arbeitsgebiet.

Unter dem heutigen System, unter dem wir als konservative Menschen nicht zuletzt eine Geistesrichtung verstehen, geht unser Volk unrettbar zugrunde. Darum ist seine Beseitigung die höchste vaterländische Aufgabe.

Es ist völlig unmöglich, daß sich dieses System aus sich heraus ändert oder reformiert, so, daß der Untergang vermieden werden kann. Jede Hoffnung, daß durch Parlamentsarbeit, Gesetzgebung oder Verwaltungsmaßnahmen eine Rettung kommen könnte, muß mit den letzten Wurzeln ausgerissen werden. Es muß überhaupt im Herzen des Volkes jede Hoffnung, daß die Rettung anders, als durch einen auf eigene Kraft gestellten Kampf kommen könnte, wie eine giftige Natter zertreten werden.

Das bedeutet nicht, daß die Wahlen als nebensächlich vernachlässigt werden dürfen. Durchaus nicht. Denn die Bedrohung nationaler Volksteile durch die Mitte und die Linke ist so groß, daß eine starke Rechte von größter Bedeutung ist. Es soll nur dem Volk klar werden, daß die Parlamente keine Rettung bringen können. Die bestehende Parlamentsmehrheit wird sich nie entscheidend verbessern und die Mitte, die ja gerade Trägerin des Systems ist, wird immer zu einer entschiedenen und staatspolitischen Haltung unfähig sein.

Die jetzt wieder aufblühenden Hoffnungen, daß durch ein Finanz- und Wirtschaftsprogramm um den Zusammenbruch dieses Staates herumzukommen wäre, sind echt liberal und völlig trügerisch.

Wir verurteilen auf das schärfste den Austritt verschiedener deutschnationaler Abgeordneter aus der Fraktion als unkonservativ, weil sie dadurch die verderbliche Schaukelpolitik der Mitte unterstützen. Im Übrigen werden sie dazu beitragen, daß bodenständige Kräfte, nämlich die Landwirtschaft, wieder einmal von der Mitte betrogen werden.

Dieser Staat bricht über kurz oder lang unfehlbar zusammen, und eine gewaltsame Auseinandersetzung ist auf die Dauer auf keine Weise zu vermeiden. Für diesen Augenblick gilt es, reale Macht zu

sammeln. Das ist das Eigentliche. Das heißt, der Konservatismus muß eine nationalrevolutionäre Bewegung sein.

Der Feind des Vaterlandes ist das System, Über den Feind muß jeder nationale Mensch Bescheid wissen. Er muß wissen, daß dieses System aus Rechtsbruch entstanden ist. Daß es nichts Daseinsberechtigtes an die Stelle des Beseitigten gesetzt hat. Er muß wissen, daß dieses System daher selber weder rechtlich noch sittlich daseinsberechtigt ist. Daß seine Gesetze nicht Recht und seine Behörden nicht Obrigkeit sind. Das muß dem Volk eingehämmert werden, bis es sitzt. Es ist ja noch immer in falschen Vorstellungen, die eine pflichtgemäße Haltung verhindern, befangen.

Der Kampf ist zu führen nicht als Interessenkampf, sondern als ein Teil des heiligen Freiheitskampfes des deutschen Volkes als vaterländische und religiöse Pflicht. Denn dieses widergöttliche System zerstört ja planmäßig die Religion.

Das Volk muß wissen, daß, durch Hunger und Kommunismus entfacht, der Bürgerkrieg bevorsteht. Darum muß es planmäßig für diese ungewohnten Verhältnisse geschult, muß die psychologische Bereitschaft geschaffen werden.

Mit der Arbeit ist vornehmlich dort zu beginnen, wo der günstigste Boden ist, auf dem Lande. Dort bietet insbesondere die Kommunalverwaltung eine ausgezeichnete Schulungsmöglichkeit für den Kampf gegen Rechtswidrigkeiten des Systems und dafür, wie sie unwirksam zu machen sind. Eine revolutionäre Bewegung darf nicht, wie es bei den meisten der Fall ist, ohne Sachkenntnisse geführt werden. Hier ist eine gute Gelegenheit zur Bildung einer geschäftskundigen Führerschicht zur Ablösung zum Kampf ungeeigneter Persönlichkeiten. Es läßt sich hierüber ein von ganz unten bis ziemlich weit hinaufreichendes System entwickeln, wozu hier leider die Zeit fehlt. Entscheidend ist aber, daß ganz unten, bei den einzelnen Personen anfangend, planmäßig ein sicherer Grund gelegt wird. Das ist bisher stets versäumt worden. Es ist von größter Bedeutung, daß einer Bewegung konkrete Aufgaben, mit kleinen beginnend und allmählich steigend, gestellt werden, damit sie nicht

zerflattert.

Weite zusammenhängende Räume gilt es zu schaffen, die einer roten Welle Widerstand leisten können.

Die Landvolkbewegung, beinahe die einzige brauchbare politische Idee der letzten Jahre, hat überall günstige psychologische Vorbedingungen. Es ist die wichtigste Aufgabe des Konservatismus, sie in geeignete Bahnen zu führen. Es ist eine Schande, daß das noch so wenig begriffen wird. Bei den verpflichteten Kreisen hierin mit aller Macht Wandel zu schaffen, und zwar sofort, ist nahezu das Vordringlichste. Wir leben nicht mehr im Schutz einer festen Staatsordnung. Politische Macht bildet sich heute anders als durch Gesetzmachen, Verfügungen schreiben und bieder Kommunalverwaltungsgeschäfte erledigen. "Der alte Urstand der Natur kehrt wieder, wo Mensch dem Menschen gegenübersteht". Diese Art Politik zu treiben, stellt freilich höhere Anforderungen an Führereigenschaften.

In der Arbeit von Mund zu Mund liegt das Wichtigste, das gilt insbesondere auch für die Arbeiten in der Stadt. Man wundert sich im nationalen Lager über den geringen Zulauf, aber man kümmert sich ja gar nicht um die anderen. In den festgefahrenen Partei- und Organisationsfronten sind die persönlichen Beziehungen abgerissen. Darum hinein in alle Volksschichten! Es gibt überall Menschen, die zu gewinnen sind. Wir werden sie suchen, wo wir sie finden, freilich nicht in großen Versammlungen. Sie fühlen sich größtenteils nur abgestoßen, weil vieles, was sie von nationaler Politik gesehen haben, ihnen zu armselig erscheint, auch als ein Marxismus mit umgekehrten Vorzeichen. Wer jährlich nur einen Menschen gewinnt, hat schon für die Sache etwas geleistet. Allmählich läßt sich auch in die städtische Arbeit System hineinbringen.

Eine Organisation allein wird nie zur genügenden Machtbildung ausreichen, darum gilt es mit aller Macht diese Ideen nicht nur bei allen geeigneten Organisationen und Parteien, sondern darüber hinaus bei allen vaterländischen Menschen durchzuzwingen. Alle, die gegen dieses System sind, die nicht das Chaos wollen, gilt es zu

diesem gemeinsamen Kampf zu sammeln, zu dem einen unverrückbaren Ziel. Alle Arbeit ist hierauf einzustellen. Jeder findet hier die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Hierin liegt die einzige Rettungsmöglichkeit.

Es ist unerheblich, ob die verschiedenen Kräfte unter sich Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze haben. Die mögen sie ruhig weiter austragen. Nur in der Kampffront zu diesem einen Ziel sollen sie sich nicht auseinandertreiben lassen.

Daß ein gewaltsamer Umsturz von rechts her nicht in Frage kommt, versteht sich wohl von selbst.

Wer an keine Revolution glaubt, kann doch mindestens die Möglichkeit nicht in Abrede stellen. Niemand kann bestreiten, daß alle Versuche, durch das Parlament Hilfe zu erlangen, durch aktivistische Strömungen auf das wirksamste unterstützt werden. Auf andere Weise ist trotz aller Versuche doch wirklich noch nichts Wesentliches erreicht worden. Es muß also jeder, der noch einen Funken von Verstand und ehrlichem Willen hat, die nationalrevolutionären Bewegungen begrüßen und fördern.

Kann der hier wegen Zeitmangel nur skizzenhaft angedeutete Weg zum Ziel führen? Wir bejahen es. Es hat auch noch niemand in Deutschland einen aussichtsvolleren Weg zu zeigen gewußt. Es ist eine Frage der Entschlossenheit, Zähigkeit, Zielsicherheit und Einsatzbereitschaft. Dieser Staat kracht in allen Fugen und wird bald mindestens eine schwache Stunde haben. Eine rücksichtslos entschlossen geführte Minderheit hat, wie die Dinge bei uns liegen, begründete Aussicht, mehr zu sein als nur das Zünglein an der Waage.

Wir rechnen freilich ganz anders wie die Welt, die im Zusammenbrechen ist. Wir wurzeln in einer anderen. Wir glauben wieder mit unserem ganzen Wesen an die reale geschichtsgestaltende Kraft des Unwägbaren, des Willens und der Idee. Die Idee läßt sich mit Worten nicht beschreiben, aber sie läßt sich zwingend vorleben, wenn man jederzeit bereit ist, für sie zu sterben und alles zu opfern, was der Mensch sein eigen nennt: Besitz, Freiheit, Leben und

Familie. "Wer auf die preußische Fahne schwört, hat nichts mehr, was ihm selber gehört". Nichts mehr.

Wir sind keine Schwärmer; die Unzuverlässigkeit und Erbärmlichkeit der Menschen zu erfahren gab es ja genügend Gelegenheit. Wir kennen die Gefahren und die Schwierigkeit der Aufgabe, die an die Grenze des Möglichen geht. Und doch behalten wir eine Waffe, die keiner unserer Gegner hat: den Glauben an unsere Sache.

Wir gehen den Weg, den wir gehen müssen, weil Pflicht und Gewissen ihn weisen. Wir gehen ihn mit jener stillen, aber gefährlichen, unaufhaltsamen, preußischen Entschlossenheit. Der Geist des friderizianischen Preußens ist nicht erstorben. Die ehrenvollste Geschichte wird nicht in Schanden enden. Denn auch ein tapferer Toteskampf scheint uns noch sinnvoll und begehrenswert.

Wir sind in derselben Lage wie Friedrich der Große vor Leuthen. Wir müssen den Feind schlagen oder uns von seinen Batterien begraben lassen. Darum müssen wir die letzte Kraft daran setzen, damit wir bereit sind, wenn die Stunde schlägt - und sie schlägt bestimmt -, einzutreten in den Entscheidungskampf um die Zukunft unseres Vaterlandes, den Entscheidungskampf um ein Gottesurteil über unser Volk.